WP-01-K3-374

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 374 bis 376:
~~Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft. Wir wollen den ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan umsetzen und weiterentwickeln.~~

Wir erkennen an, dass international organisierte Kriminalität eng mit illegalem Drogenhandel, Menschenhandel und insbesondere mit Zwangsprostitution verknüpft ist. Diese Verbrechen betreffen insbesondere Frauen und Mädchen, die durch Gewalt, Täuschung und Ausbeutung ihrer grundlegenden Rechte beraubt werden. Als Bündnis 90/Die Grünen stehen wir an der Seite der Betroffenen und setzen uns für einen entschlossenen Kampf gegen diese Verbrechen ein – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Der Kampf gegen international organisierte Kriminalität ist für uns neben der Frage der Sicherheitspolitik, auch eine der Menschenrechte. Wir werden:

-Menschenhandel effektiv bekämpfen: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz stärken, um internationale Netzwerke von Menschenhandel und Zwangsprostitution aufzudecken und zu zerschlagen.
-Betroffene schützen und unterstützen: Ein umfassendes Schutzkonzept für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution schaffen, das ihnen Zugang zu sicheren Unterkünften, psychosozialer Betreuung, rechtlicher Unterstützung und Integrationsmaßnahmen gewährt – ohne sie zu stigmatisieren.
-Prävention fördern: Maßnahmen zur Aufklärung über die Mechanismen von Menschenhandel ausbauen, sowohl in Herkunfts- als auch in Zielländern, um gefährdete Gruppen zu schützen.
-Ein starkes Signal gegen Täter setzen: Straftäter und diejenigen, die von der Ausbeutung profitieren, konsequent verfolgen und mit rechtsstaatlichen Mitteln zur Rechenschaft ziehen.
-Europäische Zusammenarbeit stärken: Innerhalb der EU gemeinsame Strategien und Mindeststandards für den Schutz der Opfer und die Strafverfolgung von Menschenhändlern entwickeln.

Unser Ziel ist es, Menschenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland und international einzudämmen und Betroffenen Perspektiven zu geben, die ihnen ein Leben in Sicherheit und Würde ermöglichen

Begründung

International organisierte Kriminalität gefährdet die Sicherheit und Freiheit von Menschen weltweit. Menschenhandel und Zwangsprostitution verletzen fundamentale Menschenrechte und treffen häufig die Schwächsten der Gesellschaft. Mit diesem Änderungsantrag wollen wir zeigen, dass Bündnis 90/Die Grünen entschlossen sind, gegen diese Verbrechen vorzugehen und die Rechte und Sicherheit von Betroffenen in den Mittelpunkt zu stellen. Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass

Opfer nicht zusätzlich stigmatisiert werden, sondern die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

weitere Antragsteller*innen

Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Liliana Marie Dornheckter (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Vivien Knies (KV Berlin-Spandau); Sebastian Pewny (KV Bochum); Chantal Kopf (KV Freiburg); Laura Kraft (KV Siegen-Wittgenstein); Karim Saleh (KV Freiburg); Jasmin Ateia (KV Lörrach); Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf); Jana Braun (KV Berlin-Reinickendorf); Anja Margrit Reinalter (KV Biberach); Marcel Rohrlack (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Miriam Laux (KV Stuttgart); Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte); Leander Hirschsteiner (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Lichtenberg); Gregor Kroschel (KV Freiburg); Fabian Laute (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Ella Misselwitz (KV Berlin-Mitte); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.